



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
67. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 28.06.2022	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	18:23 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Peter Petereit - SPD Fraktionsvorsitzender		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Stadtpräsident Klaus Puschadel - CDU	Vertretung für: Herrn Oliver Prieur Fraktionsvorsitzender	
Birte Duggen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Sabine Haltern - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
Ulrich Krause - CDU Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Lars Lehrke - Die Unabhängigen		
Dr. Marek Lengen - SPD		
Christopher Lötsch - CDU	Vertretung für: Frau Dagmar Hildebrand Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	
Sascha Luetkens - DIE LINKE Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Thomas Rathcke - FDP Fraktionsvorsitzender		
Peter Reinhardt - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Bernhard Simon - CDU		
Michelle Akyurt - Fraktion Vielfalt Fraktionsvorsitzende		
Lothar Möller - BfL Fraktionsvorsitzender		
Beiratsmitglieder		
Götz Gebert - Seniorenbeirat		
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		
Thomas-Markus Leber - FDP Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		

Verwaltung	
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	bis 17:50 Uhr
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Janika Köhler - Persönliche Referentin	
Sebastian Ziemann - 1.300 Recht	
Arne Barber - 5.651 - GMHL	
Frank Graap - 5.651 - GMHL	
Anika Krause - 5.651 - GMHL	
Christian Stolte - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	öffentl. Teil bis TOP 10 / 17:57 Uhr
Manfred Uhlig - 1.201 - Haushalt und Steuerung	bis 18:10 Uhr / TOP 11.2
VertreterInnen der Presse -	öffentl. Teil bis TOP 10 / 17:57 Uhr
Protokollführung	
Nadine Markmann - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Sonstige Personen	
Zuhörerinnen und Zuhörer -	öffentl. Teil bis TOP 10 / 17:57 Uhr
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Oliver Prieur - CDU Fraktionsvorsitzender	- entschuldigt -
Dagmar Hildebrand - CDU Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	- entschuldigt -
David Jenniches - AfD Fraktionsvorsitzender	- entschuldigt -
Wolfgang Neskovic - Fraktion 21 Fraktionsvorsitzender	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.06.2022	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Aktuelle Lage Coronavirus (Sen. Steinrücke)	
3.2	Aktuelle Lage Ukraine (Bgm)	
3.3	Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zur Finanzierung des Stadtverkehrs Lübeck	VO/2022/11251
3.4	AM Birte Duggen & AM Dr. Axel Flasbarth, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Daten und Fakten zum Thema private Unterkünfte für geflüchtete Menschen	VO/2022/11258
3.5	NEU: mündl. Anfrage des AM Simon (CDU) betr. Drogenbegegnungsstätte	
3.6	NEU: mündl. Anfrage des AM Reinhardt (SPD) betr. den aktuellen Sachstand zum ehemaligen Schlachthofgelände	
3.7	NEU: mündl. Anfrage des AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/Die Grünen) betr. Kassenkredite	
3.8	NEU: mündl. Anfrage des AM Rathcke (FDP) betr. den Sachstand des Neubaus eines Verwaltungszentrums	
3.9	NEU: mündl. Anfrage des AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/Die Grünen) betr. den Sachstand zur Umsetzung der Genderbudgetierung	
3.10	NEU: mündl. Anfrage des AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/Die Grünen) betr. die Veröffentlichung der Wahlergebnisse der Landtagswahl	
3.11	NEU: mündl. Anfrage des AM Duggen (Bündnis 90/Die Grünen) betr. die Veröffentlichung der Geschäftsberichte der Stadtwerke Lübeck	
4	Berichte	
4.1	Über- und außerplanmäßige Bewilligungen und Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2021 - 1.+2. Halbjahr	VO/2022/11158

4.2	1. Zwischenbericht zum Produkthaushaltsplan 2022	VO/2022/11190
4.3	Bericht zu Antrag BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, SPD, CDU, FDP, Die LINKE, Freie Wähler & GAL Fraktion, Fraktion Die Unabhängigen: AT zu VO/2021/10227 Kinderbetreuung im Rathaus	2021/10227-01-01
4.4	Bericht i. S. Antrag BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Vermittlungsbörse für Wohnraum	VO/2018/05640-01
4.5	Änderung der Stadtverordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Travemünder Winkel" in der Hansestadt Lübeck	VO/2022/11039
4.6	Bericht zum Antrag der FDP-Fraktion zur Erstellung eines Aktionsplans zur Bekämpfung des Antisemitismus (VO/2020/08734)	VO/2020/08734-01
4.7	Bericht zur Weiterentwicklung offener Ganztage - Ganztage an Schule	VO/2022/11056
4.8	Kerndaten zu Bildung in Lübeck	VO/2022/11032
4.9	Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge	VO/2022/10980
4.9.1	AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): ÄA zu VO/2022/10980 Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge	VO/2022/10980-04
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem § 82 Abs 1 GO für das Haushaltsjahr 2022 zur Umsetzung des Konzept zur Beschleunigung des Glasfaserausbau	VO/2022/11104
5.2	Aussetzen des Beschlusses der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck vom 22.03.2018 (VO/2018/05751) zur "Wohnperspektive für Geflüchtete"	VO/2022/11043
5.3	Verkauf eines mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstückes Lübeck, Kalkhorster Weg	VO/2022/11066
5.4	Verkauf eines mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstückes Lübeck, Zeppelinstraße	VO/2022/11089
5.5	Verkauf eines mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstückes Lübeck, Falkenhusener Weg	VO/2022/11092
5.6	Verkauf eines mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstückes Lübeck, Travemünder Allee	VO/2022/11093
5.7	Außerplanmäßige Bewilligung gem. § 82 GO	VO/2022/11147
5.8	Entgeltordnung für die Kindertageseinrichtungen in der Trä-	VO/2022/10755

	gerschaft der Hansestadt Lübeck	
5.8.1	AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): ÄA zu VO/2022/10755 Entgeltordnung für die Kindertageseinrichtungen in der Trägerschaft der Hansestadt Lübeck	VO/2022/10755-03
5.9	Änderung der Elternbeitragssatzung für die Kindertagespflege in der Hansestadt Lübeck	VO/2022/10758
5.10	Fortführung der Maßnahme Umgestaltung Hafenzone im Fischereihafen Lübeck-Travemünde, 1. Bauabschnitt und Bericht 2. Bauabschnitt	VO/2022/11139
5.11	BW 100 Treidelwegbrücke Pfeilerinstandsetzung - Projektfreigabe	VO/2022/11141
5.12	Ausweitung des Busverkehrs im Rahmen des Stationsneubaus Lübeck-Moisling an der Bahnstrecke Lübeck - Hamburg	VO/2022/11145
5.13	Austauschvorlage zur VO/2020/09090: 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, Umbau und die Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen in der Hansestadt Lübeck vom 09.12.2014	VO/2020/09090-02
5.14	Masterplanmaßnahme Rathenaustraße: Möglichkeit der geänderten Bauweise	VO/2022/11153
5.15	Projektfreigabe: Beteiligung beim Breitbandausbau - Erneuerung technisch abgängiger Beleuchtung und desolaten Gehwegflächen in St. Jürgen im Zuge des Breitbandausbaus	VO/2022/11154
5.16	Ausweitung des Angebots der Linie 40 im Kontext des Projektes "unbeschwert unterwegs"	VO/2022/11156
5.17	Machbarkeitsstudie 2. Anbindung Travemünde	VO/2022/11168
5.18	Grundlagenbeschluss für den Entwurf des Flächennutzungsplans und den Verkehrsentwicklungsplan	VO/2021/10558
5.18.1	Änderungsantrag des AM David Jenniches (AfD): Grundlagenbeschluss für den Entwurf des Flächennutzungsplans und den Verkehrsentwicklungsplan	VO/2021/10558-10
5.18.2	Christopher Lötsch (CDU) + Sabine Haltern (SPD): Änderungsantrag zur Anlage C - Grundlagenbeschluss für den Entwurf des Flächennutzungsplans und den Verkehrsentwicklungsplan	2021/10558-06-01
5.18.3	Christopher Lötsch (CDU) + Sabine Haltern (SPD): Änderungsantrag Grundlagenbeschluss für den Entwurf des Flächennutzungsplans und den Verkehrsentwicklungsplan	2021/10558-11-01

5.19	Kostensteigerung - grundhafte Fahrbahnsanierung der Kruppstraße	VO/2022/11255
5.20	Projektfreigabe "Trave Grund- und Gemeinschaftsschule - Sanierung und Erweiterung" Kirchplatz 7, 23569 Lübeck (Kücknitz), über 175.000,- EUR	VO/2022/10792
5.20.1	Antrag von Jörn Puhle (SPD-Fraktion) und Dagmar Hildebrand (CDU-Fraktion) zur Vorlage VO/2022/10792 Projektfreigabe "Trave Grund- und Gemeinschaftsschule - Sanierung und Erweiterung" Kirchplatz 7, 23569 Lübeck (Kücknitz), über 175.000,- EUR	VO/2022/10792-01
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Gleichstellung	
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Streitfall der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

NEU TOP 3.3/VO 11251 Anfrage von AM Fürter betr. Finanzierung des Stadtverkehrs Lübeck

NEU TOP 3.4/VO 11258 Anfrage von AM Birte Duggen & AM Dr. Axel Flasbarth, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Daten und Fakten zum Thema private Unterkünfte für geflüchtete Menschen

NEU TOP 5.19/VO 11255 Vorlage betr. Kostensteigerung – grundhafte Fahrbahnsanierung der Kruppstraße

Die Tagesordnung ist im Wege der Dringlichkeit zu erweitern. Der lässt über die Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Erweiterung der Tagesordnung um TOP 5.19 im Wege der Dringlichkeit zu.

NEU TOP 5.20+5.20.1/VO 10792

Projektfreigabe "Trave Grund- und Gemeinschaftsschule - Sanierung und Erweiterung" Kirchplatz 7, 23569 Lübeck (Kücknitz), über 175.000,- EUR in Verbindung mit dem einstimmig im Schul- und Sportausschuss beschlossenen Antrag VO/2022/10792 -01

Die Tagesordnung ist im Wege der Dringlichkeit zu erweitern. Der Vorsitzende gibt eine Begründung zur Dringlichkeit und lässt über die Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Erweiterung der Tagesordnung um TOP 5.20 im Wege der Dringlichkeit zu.

AM Simon beantragt die Vertagung der Beratung zu TOP 5.17 da hierzu noch die Beratung im Bauausschuss aussteht.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Vertagung der Beratung zu TOP 5.17 zu.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der HA in seiner letzten Sitzung am 14.06.22 folgenden Beschluss im nichtöffentlichen Teil gefasst hat:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, ein Grundstück samt Gebäude als Erbbaurecht zu vermarkten.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, vorrangig die Verhandlungen und Vertragsvorbereitungen zur Umsetzung eines bestimmten Konzeptes zu führen.
3. Die Mietverträge mit den derzeitigen Nutzenden werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt gekündigt.

Der Vorsitzende kündigt eine Sondersitzung des Hauptausschusses am 16.08.2022, 16:30 Uhr zum Thema Stadtwerke (Konzernprogramm und Verlustenergie Travenetz – u.a. werden Vertreter der BDO anwesend sein) an. Parallel findet eine Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung statt. Der Vorsitzende bittet darum, dass Ausschussmitglieder, welche in beiden Ausschüssen Mitglied sind, sich in einer der Sitzungen vertreten lassen.

Der Vorsitzende kündigt an, dass der Bürgermeister aufgrund einer Terminüberschneidung die Sitzung des Hauptausschusses bereits um 17:50 Uhr verlassen muss.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen:

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 12.1 zu.

AM Rathcke regt die öffentliche Beratung zu TOP 12.2 an.

Herr Bürgermeister Lindenau gibt eine Begründung, weshalb eine nichtöffentliche Beratung zu diesem TOP geboten sei.

Der Vorsitzende lässt sodann über die nichtöffentliche Beratung des TOP 12.2 abstimmen.

***Der Hauptausschuss stimmt mit 9 Ja, 4 Nein und 1 Enthaltung ab.
Damit ist die erforderliche 2/3-Mehrheit
(im Nachgang auf Anmerkung des AM Lehrke und Herrn Ziemann festgestellt)
für eine nichtöffentliche Beratung nicht erreicht.***

Herr Bürgermeister Lindenau zieht die Antwort unter TOP 12.2.1 zurück.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.2 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung

des TOP 14.2 zu.

**Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit
der nichtöffentlichen Beratung
des TOP 14.3 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit
der nichtöffentlichen Beratung
des TOP 14.4 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit
der nichtöffentlichen Beratung
des TOP 14.5 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit
der nichtöffentlichen Beratung
des TOP 14.6.1 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit
der nichtöffentlichen Beratung
des TOP 14.6 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit
der nichtöffentlichen Beratung
des TOP 14.7 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit
der nichtöffentlichen Beratung
des TOP 14.8 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit
der nichtöffentlichen Beratung
des TOP 14.9 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit
der nichtöffentlichen Beratung
des TOP 14.10 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung
des TOP 14.11 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit
der nichtöffentlichen Beratung
des TOP 14.12 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit
der nichtöffentlichen Beratung
des TOP 14.13 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit
der nichtöffentlichen Beratung
des TOP 14.14 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit
der nichtöffentlichen Beratung
des TOP 14.15 zu.**

Der Vorsitzende teilt mit, dass gem. § 39 Abs. 3 der GeschO der Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt abzustimmen ist.

Der Bürgermeister hat um die Teilnahme von

- Frau Köhler, Persönliche Referentin des Bürgermeisters
 - Herrn Uhlig (Haushalt und Steuerung)
 - Frau Krause, Herr Barber und Herr Graap (GMHL)
- gebeten.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Teilnahme von Frau Köhler, Herrn Uhlig, Frau Krause, Herr Barber und Herrn Graap am nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der erweiterten Tagesordnung zu.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift
--

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.06.2022

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen
--

zu 3.1 Aktuelle Lage Coronavirus (Sen. Steinrücke)
--

Frau Senatorin Steinrücke berichtet, dass seit heute die neue Anordnung zur Absonderung vorliege, welche ab dem 01.07.2022 gelte.

Die Testverordnung laufe zum 30.06.2022 aus. Bürgertestungen sollen künftig drei Euro kosten. Für bestimmte Personengruppen bleiben die Tests weiterhin kostenlos.

AM Dr. Flasbarth bittet um Mitteilung des aktuellen Sachstandes betreffend die Einrichtungsbezogene Impfpflicht in Pflegeeinrichtungen. Frau Senatorin sagt zu, eine Antwort hierzu nachzureichen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Nachtrag zur Niederschrift:

Eine Antwort zur einrichtungsbezogenen Impflpflicht ist der Niederschrift zu diesem TOP als Anlage beigefügt.

zu 3.2 Aktuelle Lage Ukraine (Bgm)

Herr Bürgermeister Lindenau verweist zunächst auf die heute wesentliche Entscheidung in dieser Sache zu treffende Entscheidung unter TOP 14.15.

Als letzte Notunterkunft sei die Unterkunft in der Kalkbrennerstraße in Betrieb. Gegenwärtig gehe es um die Organisation einer mittelfristigen Unterbringung.

Es sprechen im weiteren Verlauf zum Thema der privaten Unterbringung AM Dr. Flasbarth und Herr Bürgermeister Lindenau.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.3 Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zur Finanzierung des Stadtverkehrs Lübeck
Vorlage: VO/2022/11251**

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.4 AM Birte Duggen & AM Dr. Axel Flasbarth, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Daten und Fakten zum Thema private Unterkünfte für geflüchtete Menschen
Vorlage: VO/2022/11258**

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.5 NEU: mündl. Anfrage des AM Simon (CDU) betr. Drogenbegegnungsstätte

AM Simon bittet Bezug nehmend auf vorliegende Presseberichte um Mitteilung, ob es zutreffend sei, dass eine Umsetzung der Containerlösung im Zusammenhang mit der Errichtung der Drogenbegegnungsstätte nicht möglich gewesen sei, da durch den Bürgermeister eine Holzverkleidung und ein begrüntes Dach gefordert wurden. Zudem bittet AM Simon um Mitteilung, ob eine Prüfung der in der vorangegangenen Sitzung des Hauptausschusses eingereichten Unterlagen erfolgt sei.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass er keinen Einfluss auf die Gestaltung nehme und weist die Darstellungen in den Presseberichten zurück. Zu der Frage der Kalkulation der eingereichten Unterlagen habe Frau Senatorin Steinrücke bereits Stellung genommen. Das DRK habe bestätigt, dass diese nicht vollständig ist und habe sich telefonisch für die öffentliche Irritation entschuldigt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.6 NEU: mündl. Anfrage des AM Reinhardt (SPD) betr. den aktuellen Sachstand zum ehemaligen Schlachthofgelände

Auf Nachfrage des AM Reinhardt betreffend den aktuellen Sachstand zum ehemaligen Schlachthofgelände führt Frau Senatorin Hagen erläuternd aus, dass durch den Investor ein Konzept zur Unterbringung eines Versorgers und von Wohnungsbau auf dem Gelände einzureichen und mit der Denkmalpflege abzustimmen sei. Den aktuellen Sachstand hierzu werde Frau Senatorin Hagen zu Protokoll geben.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x

	Vertagung	
	Ohne Votum	

Nachtrag zur Niederschrift:

Die Abstimmungen mit dem Investor sind fortgesetzt. Um die konzeptionellen Überlegungen mit den Belangen der Denkmalpflege in Einklang zu bringen, findet eine gemeinsame Begehung des ehem. Schlachthofgeländes im Juli 2022 statt. Ziel ist es, den Rahmen für eine Neuplanung konkretisieren zu können. Anschließend sollen erste Planungsansätze im Herbst 2022 vorgelegt werden. Der Investor ist überdies in den Prozess zu Lübeck Nordwest (Städtebauförderung) eingebunden.

zu 3.7 NEU: mündl. Anfrage des AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/Die Grünen) betr. Kassenkredite

AM Dr. Flasbarth bittet um Mitteilung, ob es Überlegungen gibt, die Fristigkeit von Kassenkrediten zu verlängern.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass die Möglichkeit zum Umschulden von Kassenkrediten ausgelaufen sei. Die Kommunalaufsicht habe mitgeteilt, dass sie nicht vorsehe, diese Möglichkeit zu erneuern. Vielmehr verfolge die Landesregierung das Ziel der Umschuldung.

Vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung geht Herr Bürgermeister Lindenau davon aus, dass es gelingen wird, weiterhin Kassenkredite tilgen zu können.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.8 NEU: mündl. Anfrage des AM Rathcke (FDP) betr. den Sachstand des Neubaus eines Verwaltungszentrums

Auf Nachfrage des AM Rathcke zum Sachstand eines möglichen Neubaus eines Verwaltungszentrums teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass gegenwärtig die Prüfung möglicher Standorte erfolge. Voraussichtlich könne in der zweiten Jahreshälfte ein weiterer Zwischenbericht vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.9 NEU: mündl. Anfrage des AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/Die Grünen) betr. den Sachstand zur Umsetzung der Genderbudgetierung

Auf Nachfrage des AM Dr. Flasbarth zum Umsetzungsstand der Genderbudgetierung teilt Herr Uhlig mit, dass die Umsetzung in Arbeit sei. Spätestens zum nächsten Haushalt werde eine entsprechende Antwort vorgelegt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.10 NEU: mündl. Anfrage des AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/Die Grünen) betr. die Veröffentlichung der Wahlergebnisse der Landtagswahl

AM Dr. Flasbarth bittet um Mitteilung, wann eine Veröffentlichung der Wahlergebnisse zur Landtagswahl auf Wahlbüroebene erfolge.
Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass eine einheitliche Darstellung für gesamt Schleswig-Holstein gewünscht sei. Ob hier eine Abbildung auf Wahlbüroebene vorgesehen sei, werde geklärt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Nachtrag zur Niederschrift:

Eine Antwort ist der Niederschrift zu diesem TOP als Anlage beigefügt.

zu 3.11 NEU: mündl. Anfrage des AM Duggen (Bündnis 90/Die Grünen) betr. die Veröffentlichung Ider Geschäftsberichte der Stadtwerke Lübeck

AM Duggen merkt an, dass bisher immer die Geschäftsberichte der Stadtwerke Lübeck auf der Homepage der Holding veröffentlicht worden seien. Die aktuellen Berichte seien nun dort jedoch nicht mehr einsehbar. AM Duggen bittet um Mitteilung, ob diese an anderer Stelle einsehbar seien.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass die Berichte nun auf der Unterseite „Zahlen und Fakten“ einsehbar seien.

Herr Bürgermeister Lindenau sagt zu, an die Stadtwerke den Hinweis zu geben, dass die Darstellungen zum Ziel einer besseren Übersichtlichkeit vereinheitlicht werden sollten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4	Berichte
-------------	-----------------

zu 4.1	Über- und außerplanmäßige Bewilligungen und Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2021 - 1.+2. Halbjahr Vorlage: VO/2022/11158
---------------	--

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.2	1. Zwischenbericht zum Produkthaushaltsplan 2022 Vorlage: VO/2022/11190
---------------	--

AM Dr. Flasbarth bittet um Beantwortung der aus der letzten Sitzung des Hauptausschusses hervorgegangenen Nachfragen zu den Projekten Stadtgrabenbrücke, Hansehalle und Schlutuper Straße, sowie die Nachfrage des AM Krause zur Parkpalette in Travemünde. Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass die Antworten zu Protokoll gegeben worden seien.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	

	Ohne Votum	
--	------------	--

**zu 4.3 Bericht zu Antrag BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, SPD, CDU, FDP, Die LINKE, Freie Wähler & GAL Fraktion, Fraktion Die Unabhängigen: AT zu VO/2021/10227 Kinderbetreuung im Rathaus
Vorlage: 2021/10227-01-01**

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
Ohne Votum		

**zu 4.4 Bericht i. S. Antrag BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Vermittlungsbörse für Wohnraum
Vorlage: VO/2018/05640-01**

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
Ohne Votum		

**zu 4.5 Änderung der Stadtverordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Travemünder Winkel" in der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2022/11039**

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
Kenntnisnahme	x	

	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.6 Bericht zum Antrag der FDP-Fraktion zur Erstellung eines Aktionsplans zur Bekämpfung des Antisemitismus (VO/2020/08734)
Vorlage: VO/2020/08734-01**

Es spricht AM Rathcke.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.7 Bericht zur Weiterentwicklung offener Ganztage - Ganztage an Schule
Vorlage: VO/2022/11056**

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.8 Kerndaten zu Bildung in Lübeck
Vorlage: VO/2022/11032**

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.9 Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
Vorlage: VO/2022/10980**

Es sprechen – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen - AM Dr. Flasbarth, Frau Senatorin Hagen und Herr Bürgermeister Lindenau.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden teilt AM Dr. Flasbarth mit, dass der Antrag unter TOP 4.9.1 keine Änderung des vorliegenden Berichtes bewirke.

Der Vorsitzende lässt sodann vor Beratung über den Antrag unter TOP 4.9.1 den unter diesem TOP vorliegenden Bericht zur Kenntnis nehmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.9.1 AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): ÄA zu VO/2022/10980 Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
Vorlage: VO/2022/10980-04**

Das stellv. AM Lötsch beantragt die Überweisung des Antrages in den Bauausschuss mit anschließender erneuter Beratung im Hauptausschuss.

AM Dr. Flasbarth teilt daraufhin mit, dass der Antrag ohnehin auf der Tagesordnung des nächsten Bauausschusses stehe. AM Lengen teilt im Weiteren mit, dass der Antrag zudem auf der Tagesordnung der Bürgerschaft stehe.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung der Beratung bis zur erfolgten Beratung im Bauausschuss und lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich (bei einer Gegenstimme) der Vertagung der Beratung zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem § 82 Abs 1 GO für das Haushaltsjahr 2022 zur Umsetzung des Konzept zur Beschleunigung des Glasfaserausbaus
Vorlage: VO/2022/11104**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

In den nachfolgenden Produktsachkonten werden gem. § 82 Abs. 1 GO überplanmäßig folgenden Mittel im Haushaltsjahr 2022 bereitgestellt:

Produktsachkonto	Bezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag
541001.000.50XX	Gemeindestraßen Personalaufwendungen	2022	150.000,00€
541001.000.5221105	Gemeindestraßen Ersatzbeschaffung Festwert Straßenbeleuchtung	2022	500.000,00€
541001.000.5271004	Gemeindestraßen Aufwendungen für Datenverarbeitung	2022	<u>350.000,00€</u>
			1.000.000,00€

Deckung

Produktsachkonto	Bezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag
111032.9995315.000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke verbundene Unternehmen	2022	1.000.000,00€

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.2 Aussetzen des Beschlusses der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck vom 22.03.2018 (VO/2018/05751) zur "Wohnperspektive für Geflüchtete"
Vorlage: VO/2022/11043**

Es sprechen hierzu AM Luetkens und Herr Bürgermeister Lindenau.
Auf Nachfrage des beratenden AM Akyurt führt Herr Bürgermeister Lindenau aus, dass noch knapp unter 300 Menschen in Notunterkünften untergebracht seien. Momentan erreichen

circa 40 bis 50 Neuzugänge pro Woche die Hansestadt. Mehrere Tausend Personen seien noch in der zentralen Landesunterkunft untergebracht und werden noch zugeteilt. Eine Übersicht dazu, wie viele Personen genau gegenwärtig an welchen Standorten untergebracht sind, werde erstellt.

Es sprechen – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen - AM Duggen, der Vorsitzende, das beratende AM Akyurt und Herr Bürgermeister Lindenau.

Beschluss:

Der sogenannte Entzerrungsbeschluss der Bürgerschaft vom 22.03.2018 (VO/2018/05751) wird für die Dauer des erhöhten Zustroms von Geflüchteten aus der Ukraine ausgesetzt, bis ausreichende Kapazitäten in Gemeinschaftsunterkünften geschaffen wurden.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Nachtrag zur Niederschrift:

Momentan verfügt die HL bei 1.788 GU Plätzen über 360 freie Plätze
Insbesondere in den GUs Ostseestr. und Schärenweg sind durch interne und externe Umzüge kürzlich Plätze frei geworden.

Demgegenüber stehen 320 Personen aus der Notunterkunft Kalkbrennerstraße (137) und der gewerblichen Unterbringung (183), die noch in die regulären GUs verlegt werden müssen.

Bei den Platzzahlen handelt es sich nur um rechnerische Zahlen. Durch Belegungen mit Familien und Personen mit Einschränkungen oder individuellen Bedarfen können diese Plätze niemals voll belegt werden.

zu 5.3	Verkauf eines mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstücks Lübeck, Kalkhorster Weg Vorlage: VO/2022/11066
---------------	--

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Das mit einem bis zum 31.08.2058 befristeten Erbbaurecht zugunsten von Frau Petra Weichert und Herrn Jörg Weichert belastete Grundstück in Lübeck, **Kalkhorster Weg 24** zur Größe von 1.073 m² ist an die Kinder der Erbbauberechtigten, Frau Nathalie Weichert und Herrn Thomas Weichert zu einem Kaufpreis in Höhe von **176.408,10 EUR** zu verkaufen.
2. In dem abzuschließenden Kaufvertrag ist ein Bebauungsverbot für die im Lageplan (Anlage 4) grau dargestellte Grundstücksfläche und eine wertgesicherte Nachzahlungsverpflichtung für den Fall aufzunehmen, dass im hinteren Grundstücksbereich bei ggf. zu einem späteren Zeitpunkt vorliegenden Baurecht, weitere Gebäude realisiert werden sollten.

3. Alle mit dem Abschluss und der Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten einschließlich der Grunderwerbsteuer sind von den Käufern zu tragen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	10
	Nein-Stimmen	3
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.4 Verkauf eines mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstückes Lübeck, Zeppelinstraße
Vorlage: VO/2022/11089**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Das mit einem bis zum 31.12.2029 befristeten Erbbaurecht zugunsten von Frau Martina Vollmer und Herrn Walter Köhne belastete Grundstück in Lübeck, **Zeppelinstraße 4**, zur Größe von 787 m² ist an die Erbbauberechtigten zu einem Kaufpreis in Höhe von **210.837,30 EUR** zu verkaufen.
2. In dem abzuschließenden Kaufvertrag ist ein Bebauungsverbot für die im Lageplan (Anlage 4) grau dargestellte Grundstücksfläche und eine wertgesicherte Nachzahlungsverpflichtung für den Fall aufzunehmen, dass im hinteren Grundstücksbereich bei ggf. zu einem späteren Zeitpunkt vorliegenden Baurecht, weitere Gebäude realisiert werden sollten.
3. Alle mit dem Abschluss und der Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten einschließlich der Grunderwerbsteuer sind von den Käufern zu tragen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	10
	Nein-Stimmen	3
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.5 Verkauf eines mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstückes Lübeck, Falkenhusener Weg
Vorlage: VO/2022/11092**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Das mit einem bis zum 31.12.2038 befristeten Erbbaurecht zugunsten Aranka Schäfer belastete Grundstück in Lübeck, **Falkenhusener Weg 78**, zur Größe von 663 m² ist an die Erbbauberechtigte zu einem Kaufpreis in Höhe von **184.590,00 EUR** zu verkaufen.
2. Alle mit dem Abschluss und der Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten einschließlich der Grunderwerbsteuer sind von den Käuferin zu tragen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

zu 5.6 Verkauf eines mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstücks Lübeck, Travemünder Allee
Vorlage: VO/2022/11093

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Das mit einem bis zum 31.12.2046 befristeten Erbbaurecht zugunsten Herrn Christian Dettmer belastete Grundstück in Lübeck, **Travemünder Allee 55** zur Größe von 866 m² ist an die Erbbauberechtigten zu einem Kaufpreis in Höhe von **234.053,82 EUR** zu verkaufen.
2. In dem abzuschließenden Kaufvertrag ist ein Bebauungsverbot für die im Lageplan (Anlage 4) grau dargestellte Grundstücksfläche und eine wertgesicherter Nachzahlungsverpflichtung für den Fall aufzunehmen, dass im hinteren Grundstücksbereich bei ggf. zu einem späteren Zeitpunkt vorliegenden Baurecht, weitere Gebäude realisiert werden sollten.
3. Alle mit dem Abschluss und der Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten einschließlich der Grunderwerbsteuer sind von dem Käufer zu tragen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	10
	Nein-Stimmen	3
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

zu 5.7 Außerplanmäßige Bewilligung gem. § 82 GO
Vorlage: VO/2022/11147

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Für das Haushaltsjahr 2022 werden gem. § 82 GO bei dem Produktsachkonto 128001.000.5271007 Katastrophenschutz / Aufwendungen Ersatzvornahmen und Maßnahmen der Gefahrenabwehr 750.000,- EUR für die Unterbringung und Verpflegung von Flüchtlingen aus der Ukraine außerplanmäßig bewilligt.

Zur Deckung dienen Mehrerträge bei dem PSK 611001.000.4111000 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen / Schlüsselzuweisungen vom Land in Höhe von 750.000,- EUR.

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

entfällt

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.8 Entgeltordnung für die Kindertageseinrichtungen in der Trägerschaft der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2022/10755**

Es spricht AM Simon.

Frau Senatorin Frank beantwortet die aus der letzten Sitzung des Hauptausschusses hervorgegangenen offenen Fragestellungen zu diesem TOP.

AM Haltern beantragt die TOP 5.8, 5.8.1 und 5.9 ohne Votum an die Bürgerschaft zu geben.

Auf bitte des AM Lötsch sagt Frau Senatorin Frank zu, die soeben mündlich erteilten Antworten bis zur Bürgerschaftssitzung am Donnerstag schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Es diskutieren im weiteren Verlauf – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen – AM Rathcke, der Vorsitzende,- das beratende AM Akyurt, Frau Senatorin Frank und AM Dr. Flasbarth.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag des AM Haltern abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich (10 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen) der Weitergabe der Vorlagen unter TOP 5.8, 5.8.1 und 5.9 ohne Votum an die Bürgerschaft zu.

Beschluss:

Die 13. Änderung der Entgeltordnung vom 28.02.2005 in der Fassung des 12. Nachtrages vom (28.02.2022) wird für das Kindergartenjahr 2022/2023 gemäß der Anlage 3 beschlossen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	x

**zu 5.8.1 AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): ÄA zu VO/2022/10755
Entgeltordnung für die Kindertageseinrichtungen in der Trägerschaft der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2022/10755-03**

- siehe Protokollierung unter TOP 5.8 –

Beschluss:

1. Die Verkürzung der Betreuungszeit Freitags von 14 auf 13.30 Uhr in Ziffer 3 c) und f) entfällt.
2. Die Änderung der Ziffer 4 (Monatliches Entgelt für Getränk und Beköstigung) entfällt.
3. Die Budgetverträge der Kitas, die nicht in der Trägerschaft der Hansestadt Lübeck sind, sind zum nächstmöglichen Zeitpunkt um einen monatlichen Zuschuss für Getränk und Beköstigung von 54,15 € je Kind zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	x

zu 5.9 Änderung der Elternbeitragssatzung für die Kindertagespflege in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2022/10758

- siehe Protokollierung unter TOP 5.8 –

Beschluss:

Die Elternbeitragssatzung für Kindertagespflege in Lübeck gem. Anlage 2 wird beschlossen.
 Die Satzung tritt zum 01.08.2022 in Kraft.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	x

zu 5.10 Fortführung der Maßnahme Umgestaltung Hafenzone im Fischereihafen Lübeck-Travemünde, 1. Bauabschnitt und Bericht 2. Bauabschnitt Vorlage: VO/2022/11139

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, mit der Umsetzung der Maßnahme Umgestaltung Hafenzone im Fischereihafen Lübeck-Travemünde, 1. Bauabschnitt fortzufahren.

Der Bericht zum 2. Bauabschnitt wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.11 BW 100 Treidelwegbrücke Pfeilerinstandsetzung - Projektfreigabe
Vorlage: VO/2022/11141

Keine Wortmledung.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, mit der Umsetzung des Projekts „BW 100 Treidelwegbrücke Pfeilerinstandsetzung“ zu beginnen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

zu 5.12 Ausweitung des Busverkehrs im Rahmen des Stationsneubaus Lübeck-Moisling an der Bahnstrecke Lübeck - Hamburg
Vorlage: VO/2022/11145

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, im Zuge der ÖPNV-Anbindung des Stationsneubaus in Lübeck Moisling

- a. die Linien 5, 7, 11 und 12 zum Bahnhofpunkt (zu den in Planung befindlichen Bushaltestellen auf der Brücke des Oberbüssauer Weges oberhalb vom Bahnhofpunkt mit direktem, barrierefreiem Zugang zu den Bahnsteigen) verlängern zu lassen sowie Angebotslücken im Tagesverkehr auf der Linie 5 schließen zu lassen, sodass montags bis freitags auf dieser Linie ein durchgehender 10-Minutentakt entsteht (Zeitraum von ca. 7 bis 20 Uhr) (vgl. Ausführungen zu Taktsprüngen durch Wechsel der Taktfamilie und von Taktlagen in der Begründung); bis zu maximalen Mehrkosten i.H.v. 1,5 Mio. Euro pro Jahr,
- b. über den bei a) beschriebenen Leistungsausbau hinaus zusätzlich die Linie 5 im Abendverkehr (nach 20 Uhr) auf einen Halbstundentakt zu verdichten (bisher Stundentakt); bis zu zusätzlichen maximalen Mehrkosten zu a) i.H.v. 0,2 Mio. Euro pro Jahr,
- c. zusätzlich zu den unter a.) und b.) dargestellten Leistungspaketen die Linie 11 im Abendverkehr (nach 20 Uhr) auf einen Halbstundentakt zu verdichten (bisher Stundentakt); bis zu zusätzlichen maximalen Mehrkosten zu a) und b) i.H.v. 0,4 Mio. Euro pro Jahr;
- d. zusätzlich zu den unter a.), b.) und c.) dargestellten Leistungspaketen die Linie 12 im Tagesverkehr Montags – Freitags auf einen Halbstundentakt zu verdichten; bis

zu zusätzlichen maximalen Mehrkosten zu a), b) und c) i.H.v. 0,55 Mio. Euro pro Jahr.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.13 Austauschvorlage zur VO/2020/09090: 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, Umbau und die Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen in der Hansestadt Lübeck vom 09.12.2014
Vorlage: VO/2020/09090-02

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, Umbau und die Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen in der Hansestadt Lübeck vom 09.12.2014 wird in der Fassung der Anlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	12
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.14 Masterplanmaßnahme Rathenaustraße: Möglichkeit der geänderten Bauweise
Vorlage: VO/2022/11153

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Bauausschuss die Ablehnung der Vorlage empfehle.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Maßnahme Rathenaustr. aus dem Masterplan Straße 2022 in einer geänderten Bauweise in Pflaster herzustellen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	2
	Nein-Stimmen	12
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.15 Projektfreigabe: Beteiligung beim Breitbandausbau - Erneuerung technisch abgängiger Beleuchtung und desolaten Gehwegflächen in St. Jürgen im Zuge des Breitbandausbaus
Vorlage: VO/2022/11154**

AM Rathcke bittet um Erhalt eines Controllings während der Umsetzung des Projektes. Frau Senatorin Hagen sagt eine gesonderte Erläuterung der vertraglich vereinbarten Systematik, insbesondere hinsichtlich der Finanzierung, zu.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt sich beim Breitbandausbau in dem Stadtteil St. Jürgen mit der Erneuerung von Beleuchtungsstandorten und der Sanierung von Gehwegflächen zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Nachtrag zur Niederschrift:

Bei der Beteiligung beim Breitbandausbau handelt es sich für die Hansestadt Lübeck um eine finanzielle Beteiligung bei der Erneuerung von Gehwegoberflächen in voller Breite und der Erneuerung von Beleuchtungsstandorten inklusive neuer Beleuchtungskabel. Die Mitarbeiter:innen der Abteilung Verkehrswegebau prüfen die geplanten Trassen der Leitungsträger im Vorwege auf eventuelle Bedarfe. Wenn Gehwege in einem schlechten Zustand sind, wird nicht nur der Gehweg in Rohrgrabenbreite inkl. Rückschnitt aufgenommen und neu RSTO gerecht wiederhergestellt, sondern die komplette Breite erneuert. Die Hansestadt hat eine Vereinbarung mit den Leitungsträgern geschlossen, dass diese Arbeiten im Zuge des Breitbandausbaus mit ausgeführt werden und die HL die Kosten für die Mehrflä-

chen übernimmt und gem. Vertragsbedingungen an die Versorger erstattet. Zudem hat die HL eine eigene EU-weite Ausschreibung für die Lieferung von neuem Pflastermaterial durchgeführt und stellt der Tiefbaufirma der Versorger das neue Material zum Einbau zur Verfügung. Es wird in dem Zuge darauf geachtet, dass in Gebieten der Erhaltungssatzung möglichst auch eine Aufwertung der Flächen stattfindet. Gehwege in Asphalt werden ersetzt durch Klinker oder Platten.

Gleiches gilt für die Erneuerung der Beleuchtung. Die zusätzlichen Arbeiten für das Aufstellen der Masten werden über den Tiefbauer der Versorger erbracht und uns in Rechnung gestellt. Die Kabelverlegung im Rohrgaben wird anteilig pro Akteur gerecht aufgeteilt. Werden z.B. drei Kabel verlegt (Telekom, TraveNetz und Beleuchtung) werden die Kosten für den Rohrgraben gedrittelt.

**zu 5.16 Ausweitung des Angebots der Linie 40 im Kontext des Projektes "unbeswert unterwegs"
Vorlage: VO/2022/11156**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, den Stadtverkehr Lübeck GmbH (SL) mit einer Ausweitung des Angebots auf der Linie 40 zu beauftragen. Hinsichtlich der Einzelheiten der Angebotsausweitung (Taktverdichtung, zusätzliche Fahrten) wird auf die Begründung Bezug genommen. Der voraussichtliche jährliche Eigenanteil von bis zu 388.000 EUR ist im städtischen Haushalt ab dem Jahr 2023 zu ordnen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

**zu 5.17 Machbarkeitsstudie 2. Anbindung Travemünde
Vorlage: VO/2022/11168**

- *die Beratung zu diesem TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt –*

zu 5.18 Grundlagenbeschluss für den Entwurf des Flächennutzungsplans und den

**Verkehrsentwicklungsplan
Vorlage: VO/2021/10558**

AM Simon beantragt die Vorlagen unter den TOP 5.18, 5.18.1, 5.18.2 und 5.18.3 ohne Votum an die Bürgerschaft weiterzugeben, da es hierzu noch Ergänzungsanträge der CDU geben wird.

Es sprechen im weiteren Verlauf der Vorsitzende, AM Dr. Flasbarth, erneut der Vorsitzende und Herr Senator Hinsin.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag des AM Simon abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich (10 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen) der Weitergabe der Vorlagen unter den TOP 5.18, 5.18.1, 5.18.2 und 5.18.3 ohne Votum an die Bürgerschaft zu.

Beschluss:

Basierend auf den im Rahmen des Stadtentwicklungsdialogs unter <https://uebermorgen.luebeck.de/projekte/stadtentwicklungsdialog/index.html> aufgeführten Inhalten der Stadtentwicklungsszenarien A, B, C und D wird der Bürgermeister wie folgt beauftragt:

1. Im Entwurf des Flächennutzungsplans werden in Orientierung an das „Szenario C“ 25 ha Wohnbauflächen (brutto; zusätzlich zu den bereits laufenden B-Plänen) und 200 ha Gewerbeflächen (brutto) dargestellt.
2. Für den Verkehrsentwicklungsplan werden die Modal Split-Zielwerte des „Szenario C“ zugrunde gelegt (30% Kfz, 27% Fahrrad, 17% ÖPNV, 26% Fußverkehr). Die Werte können variieren, so lange der Zielwert von 70% für den Umweltverbund gewahrt bleibt.
3. Aufgrund der Öffentlichkeitsbeteiligung, welche eine starke Zustimmung zum „Szenario D“ zum Ergebnis hat, werden folgende Ergänzungen beschlossen:
 - a. Zusätzliche Bauflächen werden ausschließlich in städtebaulich integrierten Lagen oder unter Anwendung der aktiven Baulandentwicklung durch die Hansestadt Lübeck (gemäß Anhang) umgesetzt.
 - b. Um die Ziele der Verkehrswende zu erreichen, wird beim ÖSPV (Busverkehr) ein Paradigmenwechsel hin zu einer verkehrswendeorientierten Planung vollzogen.
 - c. Die Halbierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 (Basis: 2019) und das Erreichen der Klimaneutralität bis 2040 setzen den verbindlichen Rahmen für den FNP und den VEP.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	x

**zu 5.18.1 Änderungsantrag des AM David Jenniches (AfD): Grundlagenbeschluss für den Entwurf des Flächennutzungsplans und den Verkehrsentwicklungsplan
Vorlage: VO/2021/10558-10**

- siehe Protokollierung unter TOP 5.18 –

Beschluss:

Ziffer 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Im Entwurf des Flächennutzungsplans werden 25 ha Wohnbauflächen (brutto; zusätzlich zu den bereits laufenden B-Plänen) und 350 ha Gewerbeflächen (brutto) dargestellt.“

Ziffer 2 wird wie folgt neu gefasst:

„Für den Verkehrsentwicklungsplan werden die Modal Split-Zielwerte 50% für Kfz und 50% Verbund aus Fahrrad, ÖPNV und Fußverkehr festgelegt. Die Werte für die drei Komponenten des Verbunds können variieren, solange der Zielwert von 50% für Kfz gewahrt bleibt.“

Ziffer 3.c. wird wie folgt neu gefasst:

„FNP und VEP sollen zu einem starken, nachhaltigem Wirtschaftswachstum beitragen.“

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	x

**zu 5.18.2 Christopher Lötsch (CDU) + Sabine Haltern (SPD): Änderungsantrag zur Anlage C - Grundlagenbeschluss für den Entwurf des Flächennutzungsplans und den Verkehrsentwicklungsplan
Vorlage: 2021/10558-06-01**

- siehe Protokollierung unter TOP 5.18 –

Beschluss:

Die Bürgerschaft fordert den Bürgermeister auf, bis zur Augustsitzung 2022 eine Beschlussvorlage zur Implementierung einer aktiven Baulandentwicklung durch die Hansestadt Lübeck vorzulegen.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass:

1. Von der Hansestadt Lübeck und / oder von einer städtischen Gesellschaft aktiv Flächen erworben werden, um diese entsprechend den ermittelten Bedarfen einer gewerblichen, wohnbaulichen oder sonstigen baulichen Nutzung zuzuführen, als Kompensationsfläche zu entwickeln oder als Tauschfläche einzusetzen. Die für die Baulandentwicklung erforderlichen Kompensationsflächen oder Tauschflächen können auch außerhalb des Stadtgebietes liegen (sowie im Fall von Kompensationsflächen innerhalb desselben Naturraums). Die strategische Bodenbevorratung orientiert sich konsequent an den Zielsetzungen des neuen Flächennutzungsplanes.

2. Bebauungsplanverfahren auf Flächen im Außenbereich (§35 BauGB), die im zukünftigen Flächennutzungsplan als zusätzliche Wohnbau- oder Gewerbefläche dargestellt werden, werden eingeleitet, wenn die Flächen

I. im Eigentum bzw. in der Verfügungsgewalt der Hansestadt Lübeck oder einer der städtischen Gesellschaften stehen

oder

II. im Wege des kommunalen Zwischenerwerbs vor Schaffung des Planungsrechtes mindestens ein Anteil von 50% des Bruttobaulandes an die Hansestadt Lübeck veräußert wird (liegenschaftliche Partizipation)

oder

III. die Eigentümer und Investoren sich vertraglich verpflichten, sich an den Kosten und Folgekosten, die mit der Schaffung von Bauland entstehen, zu beteiligen.

Dieser Beschlusspunkt wird nicht auf Bebauungsplanverfahren angewendet, die bereits eingeleitet wurden oder auf geplante Baugebiete, die aufgrund von bestehenden politischen Beschlüssen konkrete Zielvorstellungen bestehen.

3. Die Ankaufspreise im Rahmen des Zwischenerwerbs nach Beschlusspunkt 2 orientieren sich im Regelfall am Preis für Bauerwartungsland. Grundsätzlich müssen die Ankaufspreise wirtschaftlich tragfähig sein und sämtliche Kosten, die vom Bauvorhaben hervorgerufen werden oder Voraussetzung für die Bauverwirklichung sind, berücksichtigen.

4. Eine Änderung der Vergaberichtlinien hinsichtlich städtischer Grundstücke dahingehend erfolgt, dass städtische Grundstücke nach einem konzeptorientierten Punktesystemverfahren wie folgt vergeben werden:

Für die Vergabe von städtischen Grundstücken zur Wohnbebauung werden jeweils transparente, dem Areal entsprechende (Lage- und Rahmenbedingungen) Konzeptanforderungen von der Verwaltung erarbeitet und in ein Punktesystem eingefügt.

Die Konzeptanforderungen beinhalten Kriterien hinsichtlich wohnungspolitischer, sozialpolitischer, ökologischer und städtebaulicher Vorgaben, sowie Vorgaben im Rahmen der Freiraumplanung bestehenden wohnungspolitischen Zielsetzungen sind hierbei zu berücksichtigen (Beschluss VO/2019/07032 vom 28.03.2019). Die Politik ist darüber hinaus an der Erstellung der Anforderungen im Vorwege zu beteiligen.

Die Grundstücke werden im Rahmen eines Gebotsverfahrens mit Vorrang der Konzeptqualität veräußert, wobei die Konzeptqualität mit bis zu 70% und der Kaufpreis mit 30% gewichtet werden. Der Mindestkaufpreis richtet sich nach festgesetzten Verkehrswert.

Der Punktekatalog wird vor der Ausschreibung konkret festgesetzt.

Der Höchstbietende Kaufinteressent hat keinen Anspruch darauf, dass die Stadt ihm das Grundstück verkauft, wenn die Konzeptanforderungen nicht entsprechend sind.

5. Ein Vorschlag für die Ordnung der notwendigen finanziellen Mittel ist vorzulegen. Ebenso ein Konzept über Kosten und notwendigen Personaleinsatz.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	x

**zu 5.18.3 Christopher Lötsch (CDU) + Sabine Haltern (SPD): Änderungsantrag
Grundlagenbeschluss für den Entwurf des Flächennutzungsplans und den
Verkehrsentwicklungsplan
Vorlage: 2021/10558-11-01**

- siehe Protokollierung unter TOP 5.18 –

Beschluss:

Der Bürgermeister wird gebeten,

1. Im Rahmen der Erstellung eines neuen Verkehrsentwicklungsplans für den Bereich der Hansestadt Lübeck auch einen Fahrradschnellweg von Moisling bis Travemünde zu planen,
2. die verkehrlichen Auswirkungen im Verlauf der seitens des Landesbetrieb Verkehr beabsichtigten Sanierung der B 75 (Travemünder Landstraße), welche mit einer vorübergehenden Reduzierung der Fahrspuren für den KfZ-Verkehr verbunden sein

wird, zu erfassen und zu dokumentieren und daraus ggf. Vorschläge für eine teilweise Umnutzung der Travemünder Landstraße für Verkehre und des Umweltverbunds abzuleiten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	x

zu 5.19 Kostensteigerung - grundhafte Fahrbahnsanierung der Kruppstraße Vorlage: VO/2022/11255

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Baumaßnahme „grundhafte Fahrbahnsanierung der Kruppstraße“ mit Mehrkosten von 294.000,00 Euro fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.20 Projektfreigabe "Trave Grund- und Gemeinschaftsschule - Sanierung und Erweiterung" Kirchplatz 7, 23569 Lübeck (Kücknitz), über 175.000,- EUR Vorlage: VO/2022/10792
--

- es erfolgt eine gemeinsame Beratung der TOP 5.20 und 5.20.1 –

Der Vorsitzende teilt mit, dass sich der Schul- und Sportausschuss in seiner letzten Sitzung am 23.06. mit dem Schulstandort Kücknitz „Am Kirchplatz“ befasst und dazu den unter TOP 5.20.1 vorliegenden Antrag formuliert habe.

Der Vorsitzende unterbreitet den Vorschlag, den Antrag mit der Beschlussvorlage zu verbinden, sodass sich folgender beschlussvorschlag ergibt:

1. **Dem Bürgermeister wird die Projektfreigabe für die Baumaßnahme „Trave Grund- und Gemeinschaftsschule – Sanierung und Erweiterung“ auf der Grundlage der eingereichten und vorliegenden EW-Bau unter der Maßgabe erteilt, dass die Bürgerschaft dem unter 2. im Schul- und Sportausschuss einstimmig beschlossenen Antrag zustimmt.**
2. **Die Projektfreigabe erfolgt unter der Maßgabe einer Schulentwicklungsplanung für den Stadtteil Kücknitz.**

Hierzu gehören insbesondere folgende Punkte zur Prüfung:

1. Dauerhafter Standort aller Klassenstufen ab Sek. 1 am Trave-Schulzentrum.
2. Baulicher Zustand der Kücknitzer Schulen.
3. Überprüfung der Grundschulstandorte. Dies beinhaltet neben dem baulichen Zustand u.a.
 - a) den pädagogischen Anspruch an Schulgebäude
 - b) Entwicklung der Anzahl der Schüler:innen
 - c) Bei einer möglichen Zusammenlegung von Grundschulstandorten
 - Wie und wo kann eine mögliche Zusammenlegung der Grundschulstandorte Roter Hahn und Kirchplatz unter Beibehaltung der Eigenständigkeit der Schule Roter Hahn erfolgen?
 - Gibt es ein geeignetes Grundstück zw. den Schulstandorten Utkiek und Kirchplatz für einen möglichen Neubau unter Beibehaltung der Eigenständigkeit der Schule Utkiek? Die Kleingärten sind hierbei ausgenommen.
 - Wie kann ein mögliches „Interims-Szenario“ für die betroffenen Schulen bei den Bauvorhaben aussehen.
 - d) Schulwege zu den einzelnen Standorten
4. Überprüfung der Matthias Leithoff Schule
 - a) Baulicher Zustand
 - b) den pädagogischen Anspruch an das Schulgebäude

Die Planungen sind unverzüglich vorzunehmen. Sollte es zu einer Zusammenlegung kommen wird der Standort Kirchplatz mindestens als Interims-Lösung benötigt. Daher sind hier bauliche Maßnahmen unter anderem zur Akustik sowie der Toilettensituation durchzuführen.

Es sprechen AM Lehrke, der Vorsitzende und Herr Ziemann.

Der Hauptausschuss erklärt sich einstimmig mit dem Beschlussvorschlag des Vorsitzenden einverstanden. Der Vorsitzende lässt sodann über die Vorlage in geänderter Fassung abstimmen.

Beschluss:

Dem Bürgermeister wird die Projektfreigabe für die Baumaßnahme „Trave Grund- und Gemeinschaftsschule – Sanierung und Erweiterung“ auf der Grundlage der eingereichten und vorliegenden EW-Bau erteilt.

Abstimmungsergebnis in geänderter Fassung	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

(Pkt. 2 als Empfehlung an die BÜ)	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.20.1 Antrag von Jörn Puhle (SPD-Fraktion) und Dagmar Hildebrand (CDU-Fraktion)
zur Vorlage VO/2022/10792
Projektfreigabe "Trave Grund- und Gemeinschaftsschule - Sanierung und Er-
weiterung" Kirchplatz 7, 23569 Lübeck (Kücknitz), über 175.000,- EUR
Vorlage: VO/2022/10792-01**

- siehe Protokollierung unter TOP 5.20 –

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt dem Hauptausschuss sowie der Bürgerschaft folgenden Antrag zu beschließen:

Die Projektfreigabe erfolgt unter der Maßgabe einer Schulentwicklungsplanung für den Stadtteil Kücknitz. Hierzu gehören insbesondere folgende Punkte zur Prüfung:

1. Dauerhafter Standort aller Klassenstufen ab Sek 1 am Trave-Schulzentrum.
2. Baulicher Zustand der Kücknitzer Schulen.
3. Überprüfung der Grundschulstandorte. Dies beinhaltet neben dem baulichen Zustand

u.a.

- a) den pädagogischen Anspruch an Schulgebäude
- b) Entwicklung der Anzahl der Schüler:innen
- c) Bei einer möglichen Zusammenlegung von Grundschulstandorten

- Wie und wo kann eine mögliche Zusammenlegung der Grundschulstandorte Roter Hahn und Kirchplatz unter Beibehaltung der Eigenständigkeit der Schule Roter Hahn erfolgen?

- Gibt es ein geeignetes Grundstück zw. den Schulstandorten Utkiek und Kirchplatz für einen möglichen Neubau unter Beibehaltung der Eigenständigkeit der Schule Utkiek? Die Kleingärten sind hierbei ausgenommen.

- Wie kann ein mögliches „Interims-Szenario“ für die betroffenen Schulen bei den Bauvorhaben aussehen.

- d) Schulwege zu den einzelnen Standorten

4. Überprüfung der Matthias Leithoff Schule

- a) Baulicher Zustand
- b) den pädagogischen Anspruch an das Schulgebäude

Die Planungen sind unverzüglich vorzunehmen. Sollte es zu einer Zusammenlegung kommen wird der Standort Kirchplatz mindestens als Interims-Lösung benötigt. Daher sind hier bauliche Maßnahmen unter anderem zur Akustik sowie der Toilettensituation durchzuführen.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	

Abstimmungsergebnis	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 8 Gleichstellung

Es liegt nichts vor.

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 17:57 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 18:03 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung Berichte und Vorlagen des Bürgermeisters behandelt wurden.

Lübeck, den 23. August 2022

Peter Petereit
Vorsitzende/r

Nadine Markmann
Protokollführung